

Die neueste Entwicklung der Kernkraftnutzung in Slowenien 2019

Dr. Leo Šešerko
Hochschule für Umweltschutz, Velenje
leo.seserko@gmail.com

- Das AKW Krško war ursprünglich geplant für 40 Jahre Betriebszeit und die läuft 2023 aus. Seit Frühjahr 2015 bemüht sich die slowenische Regierung die Zeit um 20 Jahre zu verlängern. Zuerst hat die damalige Regierung im Koalitionsvertrag ein Referendum versprochen. Die neueste Regierung erwähnt das nicht mehr, steht aber unter dem Druck der Nuklearlobby (national und international) die Betriebszeit zu verlängern.
- Eine gemeinsame Kommission für das AKW (halb in kroatischem Besitz, halb im slowenischen) hat im selben Jahr entschieden, dass sie der Verlängerung zustimmt. Gleichzeitig ist die Regierung entschlossen, neben dem existierenden AKW noch ein neues zu bauen. Wie genau diese Prozedur rechtlich durchgeführt wird, ist selbst der Regierung unklar.
- Gemäß der ESPOO Konvention sollte auch eine AKW Betriebszeitverlängerung von Anrainerstaaten einverstanden werden. Es gibt aber Fälle, wo es klar wurde, dass durch diese Prozedur so eine Entscheidung nur für etwas Zeit verschoben werden kann, nicht aber verhindert.

Das erste Programm der Dekommissionierung des AKW wurde im Jahr 2004 entworfen, also 21 Jahre nach der Inbetriebnahme des Reaktors. Es soll alle fünf Jahre erneuert werden, was sich aber als schwierig erwiesen hat.

Die beiden Eigentümer haben verschiedene Meinungen hinsichtlich der allgemeinen Kostenausgaben, Entschädigungszahlungen an die betroffenen Gemeinden, und hinsichtlich des Anteils der qualifizierten Arbeitskapazitäten der jeweiligen Seite. Auch Personalbesetzung der führenden Positionen konnte neulich nicht einstimmig beschlossen werden.

In Bezug auf radioaktive Abfälle konnte nur dadurch Einstimmigkeit erreicht werden, dass die hoch radioaktiven Brennstäbe nach der Nutzung auf dem Gelände des AKW bis 2070 aufbewahrt werden und erst nach der endgültigen Schließung auch des zweiten Reaktors in ein (oder eher zwei) Endlager für hochradioaktiven Abfall überführt werden.

In Slowenien gibt es zwei verschiedene Institutionen, die für die radioaktiven Abfälle zuständig sind: Agentur für radioaktive Abfälle (zuständig für niedrig und mittel radioaktive Abfälle), Gen energija GmbH - also das AKW - ist zuständig für hoch radioaktive (Brennstäbe), solange das AKW in Betrieb ist. Es kann zum Konflikt der Interessen und Verantwortlichkeiten kommen, da der Stromproduzent auch für den verbrauchten Brennstoff verantwortlich ist.

Eine weitere Frage ist „the revolving door“, eine im Kreis sich drehende Tür, zwischen der nuklearen Industrie und der Regierungsadministration. Einerseits sind die Schlüsselpositionen in dem Energiesektor und Wirtschaft überhaupt mit ehemaligen Nuklearbeschäftigten besetzt und umgekehrt üben die den entscheidenden Einfluss auf Bestimmung der Energiepolitik nicht nur in Energiefragen der Regierung, sondern auch in der Budget-, Umwelt- und Wissenschaftsstrategiepolitik. In Slowenien ist einer von vielen Danijel Levičar, ein ehemaliger Arbeiter in der Kommandozentrale des AKW, dann Direktor des Energiesektors des Wirtschaftsministeriums, Mitarbeiter des Euroatom und Inspektor der IAEA in Wien. Jetzt ist er einer der Direktoren in der GEN-I, einer internationalen Firma im Komplex der Tochterfirmen des AKW, aktiv auch in der Industrie der Sonnenpanelen und alternativen Energie.

Somit hat das AKW entscheidenden Einfluss in der Regierungspolitik und auf die konkurrierende Sonnen-, Wind-, Wasser- und Geothermal-Energieentwicklung. Aber auch in der Energiepreispolitik und der Subventionspolitik des Staates. Es gibt in Slowenien nur zwei Hochwindmühlen, was ein typischer Zeichen der im Kreis sich drehender Tür in der Politik der Regierung und des Parlaments ist.

Ein anderer Vertreter der Atomindustrie war seit Jahren der Direktor der Verwaltung für Kernsicherheit Sloweniens Andrej Stritar. Er war der Meinung, dass die Verlängerung der Betriebszeit des AKW um 20 Jahre nur eine interne Angelegenheit des AKW sei und dass die ursprüngliche Baubewilligung des AKW auch schon eine Betriebszeitverlängerung deckt. Selbst innerhalb der seiner Verwaltung war er mit seinen Ansichten in Bezug auf Baugenehmigungen und Strahlensicherheit ein Extremfall: er meinte in einer großen internationale Kernkraftdiskussion in Ljubljana in den 80er-Jahren, die radioaktive Abfälle stellen keine Bedrohung dar, und er wäre bereit sie unter sein Schlafbett zu stellen. Er hat diesen Standpunkt immer wieder bis zuletzt wiederholt.

Stritar übte seine Funktion von 2002 bis 30.4.2019 aus und war nicht trotz seiner Ansichten, sondern eben wegen dieser zum Direktor ernannt. Seine Ansichten haben sich genau mit den Intentionen der AKW-Führung Krško überdeckt.

Während der Einleitung der Prozedur zur Verlängerung der Betriebszeit um 20 Jahre hat das AKW keinen Vorschlag gemacht, um eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu unternehmen. Erst auf einen Vorschlag der Nichtregierungsorganisationen hat die Agentur für Umwelt (ARSO) eine diesbezügliche Prüfung eingeleitet und festgestellt, dass es nicht gebraucht wird. Vier NGOs haben eine Beschwerde eingebracht und das Umweltministerium hat ihnen Recht gegeben. Dagegen hat das AKW eine Beschwerde eingelegt, wobei das Gericht dem AKW Recht gegeben hat und die Angelegenheit zurück an das Umweltministerium geschickt. Als das Ministerium das zweite Mal darüber entschieden hat, hat es wieder dem AKW Recht gegeben. Gegen diesen Entscheid haben sich NGOs an das Verwaltungsgericht gewendet, das noch nicht darüber entschieden hat.

Weder die AKW-noch die Regierung oder die politischen Parteien als Akteuere zur Bildung der öffentlicher Meinung haben den Versuch unternommen, die Problematik der Verlängerung des Betriebszeit des AKW Krško um 20 Jahre in der Öffentlichkeit zu diskutieren oder sie über die zahlreichen technischen Probleme, die damit verbunden sind, aufzuklären.

Diese Probleme sind großteils öffentlich bekannt: schon jetzt gibt es nicht genug Kühlwasser in der Save, um das AKW zu kühlen. Wenn noch ein zweiter Reaktor gebaut wird, wird der Fluss ständig überhitzt und die Kosten der Kühlung steigen. In den Dampfgeneratorenlöher sind immer mehr plombiert, die gesamte AKW-Ausrüstung sowohl im nuklearen, wie auch im konventionellen Teil, veraltet und brüchig. Es gibt keine Ablagerungsstätte für nukleare Abfälle und die Atomindustrie übt auf die ganze Wirtschaft und demokratische Stimmung der Gesellschaft einen zerstörerischen Einfluss.

Wenn man den Blick auf Oberösterreich richtet, kann man die Anstrengungen gegen den Ausbau der AKW in Tschechien und anderswo nur würdigen. Aber Kärnten und Steiermark scheinen wie gelähmt auf die oben beschriebene Entwicklung zu reagieren. Sie glauben, sie brauchen nicht zu reagieren bzw. verlassen sich auf Besuche eigener Strahlenexperten und der Zusage slowenischer Atomexperten, wie Andrej Stritar einer war, dass das „AKW Krško eines der sichersten auf der Welt“ wäre. Es wäre nötig, auch in Kärnten und der Steiermark eine Kooperation und Unterstützung von jetzt deprimierten und desillusionierten Antiatomaktivisten in beiden Ländern an den Tag zu legen. Aber auch an den Universitäten, in der Forschung und in den Medien um in einer gemeinsamen Bemühung eine Kehrtwende in Bezug auf Atomindustrie zu schaffen.

Es wäre nötig, dass sich die Konferenzteilnehmer aus Oberösterreich an die beiden in Koma steckenden Länder wenden und sie darauf hinweisen, dass es in Atomfragen keine nicht überschreitbare Grenzen gibt. Nur mögliche verspätete Reaktionen.

Die Befürworter der Atomenergie in Slowenien richten sich nach internationalen Trends der Promotion der Atomenergie in dem Jahrhundert der Energiewende. Ihr Vorschlag lautet auch in Slowenien: **bis 2050 50 % erneuerbare Energie und 50 % Atomstrom** als optimale Energielösung. Diese Energiekombination wird als „sauber, effizient und Abkehr von fossilen Energien und mit Abfällen belastender Energieproduktion“ beworben.

Die Schlüsselfigur bei dieser Energiestrategie in Slowenien ist die Klimatologin, prof. Lučka Kajfež Bogataj. Sie ist Mitglied des Interregierungsforum für Veränderungen des Klimas in Genf. Sie ist eingeladen zu zahlreichen Versammlungen überall in Slowenien, wo sie zugunsten eines Energiewandels mit erneuerbaren und nuklearer Energie spricht, obwohl ihr die Erwähnung von Atomenergie ein wenig unangenehm ist und von ihr nur als Zusatz verstanden wird. Aber im weiteren Gespräch erklärt sie sich sowohl als Befürworterin der Verlängerung der Betriebszeit des AKW Krško I um 20 Jahre und für Bau vom Reaktor Krško II. Bei diesen Auftritten im Fernsehen und in den Zeitungen wird sie als Mitglied der Genfer Klimatologenforums vorgestellt, das mit einem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Dass Uran eine fossile Energie ist und dass in den AKW um 300 Radionukleide an verbranntem Brennstoff entstehen, spricht sie nicht an.